

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:

0013/2016/AN

Antragsteller: Grüne, Bunte Linke, Linke/Piraten, SPD

Antragsdatum: 02.02.2016

Federführung:

Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

Schaffung von Rückzugsorten

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	18.02.2016	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	12.04.2016	Ö		
Gemeinderat	28.04.2016	Ö		

Antrag Nr.:

0013/2016/AN

00260032.doc

...

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0013/2016/AN

Briefkopf des Antragstellers:

Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

FRAKTION Bündnis 90 /Die Grünen



Poststr. 18-20
69115 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 91 466-14
Fax: +49 (6221) 91 466-12

Beate Deckart-Boller, Fraktionsvorsitzende
Dr. Sandra Detzer, stellv. Fraktionsvorsitzende
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvorsitzender
Dr. Monika Gonser
Felix Grädler
Peter Holschuh
Oliver Priem
Kathrin Rabus
Manuel Steinbrenner
Frank Wetzel

fraktion@gruene-heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, den 02.02.2016

Tagesordnungspunkt Gemeinderat – Schaffung von Rückzugsorten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gem. § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Wir beantragen, dass Rückzugsorte für Frauen, Kinder und sexuellen Minderheiten bei der Planung aller größeren kommunalen Flüchtlingsunterbringungen in Heidelberg berücksichtigt und mitgedacht werden und dass sich die Stadt Heidelberg für die Einrichtung von Rückzugsorten im Registrierzentrum Patrick-Henry-Village einsetzt. Vorbild für diese Rückzugsorte könnte das Anna-Leimbach-Haus in Karlsruhe im Stadtteil Durlach sein.

Begründung:

Frauen, Kinder und sexuelle Minderheiten benötigen Orte, an denen sie unter sich sein können, z.B. zum Stillen, zum Schutz vor Gewalt innerhalb von Familienverbänden, aber auch zum Schutz vor sexuellen Übergriffen. Diese Räume sind auch deswegen notwendig, da der Zugang zu den üblichen Schutzräumen, wie etwa den Frauenhäusern, rechtlich schwierig ist, vor allem, wenn die betreffenden Personen im Registrierungsverfahren sind. Gleichzeitig haben die bestehenden Institutionen nur begrenzte Kapazitäten und sind zum Teil stark ausgelastet.

**gezeichnet Grüne-Fraktion,
gezeichnet Bunte Linke,
gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Die Linke/Piraten,
gezeichnet SPD-Fraktion**

